



Rede  
der Ministerin für Schule und Weiterbildung  
des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Sylvia Löhrmann MdL

**„Schule der Zukunft – Perspektiven für Neunkirchen“**

**Neunkirchen**

**Montag, den 04. Juli 2011**

*Anrede,*

herzlichen Dank für Ihre Einladung. Ich bin gerne heute zu Ihnen nach Neunkirchen gekommen, denn ich freue mich über solche Gelegenheiten des Dialogs.

Sie sorgen nämlich dafür, dass Land und Kommunen ein Stück näher zusammenrücken.

Sie sorgen dafür, dass gemeinsam ausgelotet wird, was das Beste für die Menschen in ihrer Region ist, welchen Rahmen Landpolitik geben kann und muss und wie Kommunalpolitik in diesem Rahmen bestmöglich agieren kann.

*Anrede,*

seit über einem dreiviertel Jahr gibt es in Deutschland ein einmaliges und ganz besonderes Konstrukt, an dessen Zustandekommen ich nicht ganz unbeteiligt war: Die Minderheitsregierung bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Und da ziehe ich gerne einen großen Denker heran - nicht nur, weil ich gelernte Deutschlehrerin bin:

„Alles Große und Gescheite existiert in der Minorität.“

Sagt Goethe! Und wer will ihm ernsthaft widersprechen...

*Anrede,*

Das „Große und Gescheite“, damit meine ich:

- Wir stoßen Entwicklungen an, die nicht mehr rückholbar sind, selbst wenn sie erst einmal langsam vorangekommen.
- Wir suchen einfach das inhaltlich Richtige – und nehmen konstruktive Ideen der politischen Gegnerinnen und Gegner auf, wenn wir sie für richtig halten.

Das ist aus meiner Sicht überaus gescheit – angesichts von zunehmender Verdrossenheit darüber, wie Politik gemacht wird.

Das ist das Gegenteil vom täglichen gegenseitigen Beschimpfen in der Politik!

Diese Überzeugung, dass konstruktiv und ehrlich miteinander zu reden funktioniert, dass wir das tatsächlich gerade auch in wichtigen, grundsätzlichen politischen Fragestellungen schaffen können:

Das hat die Abschlussveranstaltung der Bildungskonferenz NRW bewiesen.

Zur Bildungskonferenz hatten die Ministerpräsidentin und ich im letzten Herbst alle gesellschaftlich und politisch relevanten Akteure eingeladen, in der Hoffnung, auf diesem innovativen Weg valide, mehrheitsfähige Empfehlungen zur Entwicklung einer zukunftsfähigen Bildungspolitik für uns in NRW zu erarbeiten.

Und wir waren uns ehrlich gesagt nicht sicher, ob alle Eingeladenen denn auch kommen würden, und ob sie überhaupt zielorientiert miteinander arbeiten wollen würden.

Sie sind aber gekommen, und sie wollten miteinander arbeiten:

Sie haben dabei das Wohl unserer Schülerinnen und Schüler als das entscheidende Kriterium in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt - und sie haben ernsthaft, leidenschaftlich und mit Herzblut gemeinsam und miteinander um die Gestaltung der einzelnen Empfehlungen gerungen.

*Anrede,*

im Zentrum jeder Landespolitik stehen die Fragen von Bildung und Schule. Bildung ist das zukunftsweisende Thema, denn das Wohl unserer Gesellschaft ist eng verbunden mit der Bildung der Menschen.

Das bedeutet natürlich nicht, dass wir nicht über den eigenen Tellerrand hinausblicken müssen.

Dieser Blick ist durchaus hilfreich:

Er reicht bis nach Kanada, bis nach Finnland.

Ich habe mich ausgiebig über die Bildungsregion Toronto informiert, mit der Fraktion waren wir in Finnland.

Und ich kann nur sagen:

Diese beiden Regionen sind vorbildlich für die beiden zentralen Herausforderungen, vor denen ganz Deutschland bei der Schulbildung steht:

Die Bildung unserer Kinder darf nicht weiter vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Unser Schulsystem muss bessere Leistungen hervorbringen – bessere Leistungen in der Spitze und bessere Leistungen in der Breite.

In den mehr als 550 Schulen der Bildungsregion Toronto gelingt die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in beispielhafter Weise.

Benachteiligte Schüler und Schulen in sozialen Brennpunkten werden besonders gefördert.

*Anrede,*

im Durchschnitt gibt es in Kanada keinen signifikanten Unterschied mehr in der Lernleistung zwischen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund.

Bei uns dagegen gibt es teilweise Unterschiede von bis zu zwei Jahren.

Das kann und darf nicht sein.

Hinter dem Maßstab Migrationshintergrund steckt in Wirklichkeit der Maßstab des Geldbeutels der Eltern:  
Wer wenig hat, hat auch weniger Chancen.

Das ist in Deutschland Fakt.

Und das müssen wir ändern!

Ein kleiner Scherz macht deutlich, dass an erster Stelle eine andere Schul- und Lernkultur wichtig ist.

Auf einem internationalen Kongress treffen sich ein deutscher und ein finnischer Lehrer.

Der Deutsche stellt sich vor und sagt: „Hallo, ich bin Lehrer eines Gymnasiums und unterrichte Latein und Mathematik.“

Daraufhin der Finne: „Das ist aber komisch. Ich bin Lehrer an einer Schule und unterrichte Kinder.“

*Anrede,*

damit kritisiere ich nicht die Lehrerinnen und Lehrer, sondern ich kritisiere unsere Schulkultur. Unser Schulsystem ist dergestalt, dass die Kinder in die Schule passen müssen.

Dabei müssen doch eigentlich die Schulen dafür sorgen, dass sie zu den Kindern passen!

Und dieses Denken beschreibt auch schon, warum viele auf der Vielgliedrigkeit eines Schulsystems beharren.

Sie glauben genau an dieses Prinzip:

Dass die Schülerinnen und Schüler zu Schulformen passen müssen – und was nicht passt, wird passend gemacht oder aussortiert.

*Anrede,*

es gehört Mut, Qualifizierung und Geduld dazu, wenn Lehrerinnen und Lehrer sich umstellen.

Wenn sie individuell fördern.

Das geht nicht einfach so – ich bin ja selbst Lehrerin und gebe offen zu:

Auch ich habe es in meiner Ausbildung nicht gelernt, wie das genau geht.

Andererseits gibt es so viele gute Beispiele, auch in bei uns in Deutschland, wie es funktioniert!

Das müssten wir nur übernehmen, da muss nicht immer das Rad neu erfunden werden.

Wenn ich mir anschau, wie viele und welche Schulen in den vergangenen Jahren Schulpreise für besonders innovatives Arbeiten, für individuelles Fördern, für ihre Schulkultur, für ihr Konzept usw. bekommen haben:

Davon können alle Schulen Nutzen ziehen!

Das muss doch möglich sein, in Netzwerken wirklich voneinander zu profitieren.

Diese Schulpreise räumen aber auch mit einem lange Zeit gehegten Glauben auf.

Denn die allermeisten dieser Schulen haben nicht mehr Ressourcen als andere Schulen, keine anderen Vorschriften und Vorgaben, sie haben keine anderen Bedingungen.

Sie haben sich schlicht auf den Weg gemacht zu einer anderen Schulkultur.

Sie stellen konsequent die Kinder in den Mittelpunkt - sie wollen kein Kind zurücklassen und kein Kind behindern, zu lernen und seine Begabungs- und Leistungspotenziale zu entfalten und auszuschöpfen.

Das hat nichts mit einer Pädagogik der Beliebigkeit zu tun, Anrede!

Das fachliche und das überfachliche Lernen, die Förderung der Anstrengungsbereitschaft stehen auch bei diesen Schulen im Mittelpunkt.

Anders gesagt:

Die Leistungen, die Schülerinnen und Schüler erbringen müssen, stehen nicht zur Disposition.

Aber: Die besonders erfolgreichen und ausgezeichneten Schulen trauen sich oft mehr!

Sie nutzen die Freiheiten, die es schon gibt, mehr und besser aus und schaffen so vor Ort die Schule der Zukunft.

*Anrede,*

das ist das, was wir brauchen und womit wir auch politisch arbeiten können:

Vertrauen in die Kompetenz, das Engagement, die Möglichkeiten vor Ort. Natürlich müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern und auch an den Strukturen arbeiten.

Wir müssen sie immer wieder an die vielen verschiedenen Anforderungen vor Ort anpassen und Leitlinien vorgeben.

Aber wir wollen und können nicht von Düsseldorf aus bestimmen, wie die Schulen im ganzen Land auszusehen haben.

Das funktioniert nicht!

Das ist nur die Belebung eines ideologischen Konfliktes, der in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung einer Schule der Zukunft blockiert hat.

Eine veränderte Struktur allein ändert nicht die Wirklichkeit; aber anders herum, da funktioniert's:

Eine sich verändernde Wirklichkeit verändert auch die Struktur!

Schulen, die die Kinder in den Mittelpunkt stellen, die individuelle Förderung zum Maßstab ihres Handelns machen, können letztendlich heißen, wie sie wollen:

Sie werden per se nicht mehr aussortieren, vorsortieren, einsortieren. Bei ihnen ist jedes Kind willkommen.

Weil sie es nicht mehr brauchen, weil es nicht mehr in das Selbstverständnis dieser Schulen passt.

Auf diese Haltung kommt es an!

*Anrede,*

Ja, auf die Haltung kommt es an!

Das gilt auch für einen Bereich, der uns in Nordrhein-Westfalen genauso beschäftigt wie die Menschen im Rest der Republik:

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Auf unsere Schulen kommen dabei besondere Herausforderungen zu.

Wir wollen und müssen das in der UN-Behindertenrechtskonvention formulierte Recht für Kinder mit Behinderungen auf inklusive Bildung umsetzen.

Wir wollen dafür sorgen, dass Kinder mit Behinderungen auch allgemeine Schulen in zumutbarer Entfernung besuchen können.

Die Eltern sollen das Recht erhalten, für ihre Kinder eine allgemeine Schule als ersten Förderort zu wählen, und dieser Anspruch richtet sich an alle Schulformen.

*Anrede,*

wir stehen hier vor einer gewaltigen logistischen und finanziellen Herausforderung. Das Thema wird uns alle in den nächsten Jahren beschäftigen, auch weil es hier noch viele Bretter zu bohren gibt.

Aber ich bin zuversichtlich, dass auch die Kommunen da mit uns an einem Strang ziehen.

Das Wichtigste ist, dass uns der Paradigmenwechsel gelingt und dass die Einsicht in den Köpfen und Herzen ankommt:

Das gemeinsame Lernen ist gut für alle.

Dass das gelingen kann, und wie das gelingen kann, zeigt wieder eine preisgekrönte Schule, die Montessori-Gesamtschule Borken im westlichen Münsterland:

Hier lernen und leben Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen so erfolgreich, dass die Schule nicht nur mit dem Jacob-Muth-Preis eine Auszeichnung für die hervorragende Integrationsleistung bekommen hat.

Die Schülerinnen und Schüler dieser Schule haben daneben auch den Bundeswettbewerb „Mathe erleben“ gewonnen und sie erreichen bei den Lernstandserhebungen wie auch bei den zentralen Prüfungen immer hervorragende Ergebnisse.

Inklusiv und integrativ, das geht zusammen, sozial gerecht, und die Leistungen stimmen auch!

Mich wundert das nicht, uns wundert das nicht! Deshalb setzen wir uns ja seit jeher für längeres gemeinsames Lernen und für mehr Gemeinsamen Unterricht ein.

*Anrede,*

Wir müssen und können vertrauen, wir brauchen das Vertrauen in die Beteiligten vor Ort.

Sie wissen nämlich, welche Schule sie vor Ort brauchen, was das Richtige ist.

Und wir können und müssen es aushalten, wenn es nicht immer mit unserer Idealvorstellung übereinstimmt.

Wir wollen ermöglichen, nicht erzwingen!

Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen.

Deshalb,

haben wir in NRW folgendes Vorgehen gewählt:

Wir vom Land garantieren die Ressourcen und die Standards, wir legen den Rahmen fest, in dem sich Kommunen, Schulen, Schulträger, Eltern, Schülerinnen und Schüler bewegen.

So garantieren und gewährleisten wir auf der einen Seite die Qualität und die Vergleichbarkeit.

Auf der anderen Seite geben wir die Freiheit und Verantwortung für die Schule der Zukunft mehr in die Hände vor Ort:

In die Hände derer, die Schule machen.

Wir erweitern die Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten unserer Schulen.

Wir erweitern genauso die Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten unserer Städte und Gemeinden.

Das ist unsere Ermöglichungsstrategie.

Dieser Weg erfordert Geduld, aber er ist unumkehrbar.

Dieser Weg erfordert Zeit, aber es geht täglich voran.

Dieser Weg ist neu, aber alle Beteiligten gehen ihn gemeinsam.

Es wird nicht überall gleichzeitig voran gehen, jede Region hat ihre eigene Geschwindigkeit.

### *Anrede*

oftmals sind die Konflikte auf Landesebene über die Schulstruktur so alt und so verhärtet, dass es kein Vorankommen gibt.

Es sind Konflikte, wo die eine Seite nur ein Nein, die andere nur ein Ja kennt. In solchen Konflikten sind Kompromisse oder gar Konsense ausgeschlossen.

Vor Ort ist das aber ganz anders:

Wenn nämlich die Schülerzahl zurückgeht, dann ist es für Kommunen nicht mehr die Frage, welche Schulform sie anbieten, sondern ob sie überhaupt eine weiterführende Schule haben.

Und das geht am einfachsten, wenn alle Kinder gemeinsam lernen.

Das ist ein echter, ein handfester Standortfaktor für jede Gemeinde, für jede Stadt.

Und für einen Bürgermeister eine Frage des politischen Überlebens.

Deshalb sind es in NRW auch viele CDU-Bürgermeister, die in ihren Städten Gemeinschaftsschulen errichten wollen! Und die dafür Mehrheiten und Konsense vor Ort organisieren.

Und denen ist nicht mehr egal, was die Landespartei dazu sagt. Die Kommunen vor Ort brauchen und wollen den Konsens, weil sie flexible Lösungen vor Ort brauchen.

So sagte mir vor einigen Tagen die CDU-Bürgermeisterin einer ländlichen Kommune:

Das Gesetz zur Gemeinschaftsschule wird kommen, weil wir es brauchen.

Da sind die Konflikte nicht ideologisch gefärbt, keine Ja- oder Nein-Konflikte, sondern da wird lösungsorientiert diskutiert. Das habe ich nun schon vielfach erlebt - eben auch in der Bildungskonferenz, die ich vorhin schon erwähnte, und das ist eine schöne und gute Sache.

Vielleicht färbt es ja tatsächlich auf die politische Auseinandersetzung ab, lösungs- und konsensorientiert miteinander zu sprechen!

Und ich bin zuversichtlich:

Das wird hier bei Ihnen in Neunkirchen genauso sein.

*Anrede,*

So haben wir im Rahmen eines Schulversuchs ein ergänzendes Angebot geschaffen, das den regionalen und gesellschaftlichen Entwicklungen und den schulpolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen Rechnung trägt. Und das, wie eingangs erwähnt, unter nicht ganz einfachen Bedingungen.

Nun hat das Oberverwaltungsgericht mit seinen Beschlüssen vom 09. Juni 2011 die beiden Eilentscheidungen des Verwaltungsgerichts Arnsberg von April bestätigt, das die Schule Gemeinschaftsschule Finnentrop vorläufig gestoppt hatte. Es hatte damit Eilanträgen der beiden Nachbarstädte Attendorn und Lennestadt stattgegeben.

Die Errichtung der Gemeinschaftsschule „Perspektivschule Finnentrop“ setzt nach Auffassung des OVG eine Änderung des Schulgesetzes voraus. Die Schulversuchsermächtigung in § 25 SchulG sei hierfür keine ausreichende Rechtsgrundlage.

Die anderen 13 Standorte waren nicht Gegenstand des Verfahrens.

Die Entscheidung, Anrede, kam für mich überraschend. Wir haben selbstverständlich gut begründet dargelegt, warum es sich nach Auffassung der Landesregierung um einen Schulversuch handelt.

Aber gut, jetzt gilt es, nach vorne zu blicken. Der entsprechende Gesetzesentwurf hat nun absolute Priorität. Dieser soll noch vor der Sommerpause in den Landtag eingebracht werden.

Insofern freue ich mich sehr über die Signale und die Bereitschaft der Landes-CDU, mit der Regierung über einen Schulkonsens zu sprechen.

Den Kindern, den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrer und den Kommunalverwaltungen müssen wir die Möglichkeit eines verlässlichen, zukunftsorientiertes Schulangebots vor Ort bieten.

Dass die Gemeinschaftsschule ein zukunftsweisendes Angebot ist, Anrede, davon sind die Kommunen und Schulen überzeugt, die zum kommenden Schuljahr an den Start gehen werden und mittlerweile 100 weitere Interessensbekundungen zeigen, dass die Gemeinschaftsschule positive Strahlkraft hat.

Ich habe immer gesagt, dass ich dabei den Konsens mit den Parteien anstrebe. Ich möchte nach wie vor keinen Schulkrieg und ich habe die ganzen letzten Monate eine konsensuale Lösung verfolgt. Das Ergebnis der Bildungskonferenz stimmt mich auf diesem Weg nach wie vor sehr positiv.

*Anrede,*

Wir brauchen mehr Abschlüsse, und wir brauchen bessere Abschlüsse, Anrede! Für unsere Kinder und für unser Land.

Hier kommt auch das veränderte Elternwahlverhalten ins Spiel: Die Eltern wollen für ihre Kinder eine Schule, die die Bildungsgänge offen hält; sie wollen die Perspektive für das Abitur. Sie wollen nicht schon in Klasse vier entscheiden müssen, welchen Abschluss ihr Kind mit 16 oder 18 Jahren machen soll!

*Anrede,*

bei den Beteiligten vor Ort gibt es eine Begeisterung und eine Aufbruchstimmung, wie ich sie noch nie erlebt habe.

Das ist nicht nur ansteckend und ungeheuer motivierend, sondern es zeigt mir, dass wir mit diesem Ansatz zur Schulentwicklung eine überzeugende Lösung entwickelt haben, die sich im echten Leben bewährt.

Angesichts der enormen Nachfrage und Akzeptanz bin ich daher zuversichtlich, dass wir diese neue Schulform schon sehr bald auch schulgesetzlich absichern können.

Die Gemeinschaftsschule ist in Nordrhein-Westfalen inzwischen zu einem Markenzeichen der neuen Schulpolitik geworden.

*Anrede,*

Der Wert von guter Bildung ist heute mehr denn jemals zuvor im Bewusstsein der Menschen verankert.

Bildung ist Menschenrecht – diese Grundüberzeugung wird inzwischen breit ausdifferenziert:

- Bildung ist Teilhabe,
- Bildung ist Integrationspolitik,
- Bildung ist präventive Sozialpolitik,
- Bildung stützt und stärkt die Demokratie,
- Bildung sichert den Wohlstand aller,
- Bildung ist Standortfaktor für Kommunen,

Kurz:

Bildung sichert nachhaltig die gute Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, sie sichert die gute Zukunft unserer Gesellschaft.